

Von hier an müssen wir alleine weitergehen

Angesichts der neuen Machtverhältnisse auf dieser Welt ist die weitere politische Integration Europas so überlebenswichtig wie noch nie.

Eine bittere Bilanz. Und eine Hoffnung.

Von Jürgen Habermas

Der russische Einmarsch in die Ukraine hat unter anderem in den europäischen Bevölkerungen die verzögerte Wahrnehmung einer tiefgreifend veränderten Weltlage ausgelöst. Diese Veränderung hatte sich mit dem Abstieg der USA, der Supermacht des 20. Jahrhunderts, allerdings schon länger angebahnt. Ein Alarmsignal dafür war bereits die hektisch veränderte Stimmungslage in der Zivilgesellschaft der Vereinigten Staaten nach dem 11. September 2001. Dieser Umschwung in der Mentalität einer verängstigten Bevölkerung ist von der Rhetorik der damaligen Regierung unter Präsident George W. Bush und dessen rücksichtslos-militantem Vizepräsidenten noch aufgewiegelt worden.

China strebt eine sinozentrische weltpolitische Ordnung an

Alle schienen die Gefahren des internationalen Terrorismus hautnah zu spüren. Im Zuge der Propaganda für den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Saddam Hussein und den Irak hat sich dieser Mentalitätswandel radikalisiert und verstetigt. Institutionell betrachtet, war von diesem Wandel in erster Linie das Parteiensystem betroffen. Schon während der Neunzigerjahre hatte sich unter der Führung von Newt Gingrich nicht nur die Praxis der Republikanischen Partei gründlich verändert, sondern auch die soziale Zusammensetzung ihrer Anhängerschaft. Die Tendenzen einer tiefer greifenden und inzwischen, wie es scheint, kaum noch umkehrbaren Veränderung des politischen Systems im Ganzen haben sich allerdings erst durchgesetzt, nachdem Präsident Obama die Hoffnungen auf eine gründlich veränderte Außenpolitik der USA enttäuscht hatte.

Inzwischen ist die Schwächung der internationalen Stellung der einstigen Supermacht unverkennbar. Das ist soeben wieder auf dem Apec-Gipfel in Südkorea Ende Oktober signalisiert worden: Die verunsicherten Bündnispartner der USA bemühen sich nun auch um Vereinbarungen mit anderen Nachbarn, die eher neutral sind oder stärker von China abhängen. Und nach der vorzeitigen Abreise des amerikanischen Präsidenten, der eher an schnellen Geschäften interessiert ist als an der weitsichtigen Stabilität des Einflusses der USA, soll dann Chinas Präsident Xi mit seiner Werbung für die Konzeption einer multikulturellen Weltgesellschaft unter Chinas Führung den Tenor angegeben haben.

Schon seit der Aufnahme der Volksrepublik in die Welthandelsorganisation hatten kluge Regierungen das Ziel verfolgt, ihr Land zu einer wirtschaftlich führenden Großmacht zu machen. Aber erst seit dem Amtsantritt von Xi Jinping im Jahre 2012 ist es das erklärte, mit einer gewissen „de-

fensiven Aggressivität“ vorgetragene Ziel, das liberale Welthandelsregime durch eine sinozentrische weltpolitische Ordnung abzulösen. Mit dem Seidenstraßenprojekt hatte China schon seit Längerem weiterreichende strategische und sicherheitspolitische Ziele verfolgt. Die größten Nutznießer waren Russland, Pakistan, Malaysia und Indonesien. Aber auch für Entwicklungs- und Schwellenländer dürfte China inzwischen der größte Geldgeber sein. Die internationale Machtverschiebung verrät sich allgemein darin, dass sich, aus geopolitischer Sicht betrachtet, die entscheidenden Konflikte künftig in Südostasien konzentrieren werden.

Es wird interessant sein zu beobachten, wie sich Trumps Machtübernahme auf Taiwans Innenpolitik auswirken wird. Aber abgesehen von diesem Konfliktherd stehen sich hier nicht nur China und dessen regionale Verbündete einerseits, die USA und die nach Westen tendierenden Staaten der Region, also vor allem Japan, Südkorea und Australien, gegenüber. In unmittelbarer Nähe verfolgt auch Indien inzwischen eigene Weltmachtpläne. Die Verschiebung der geopolitischen Machtverhältnisse spiegelt sich überdies nicht nur im pazifischen Raum, sondern auch in dem Aufstieg von Mittelmächten wie Brasilien, Südafrika oder Saudi-Arabien, die selbstbewusst nach größerer Unabhängigkeit streben.

Inzwischen bemühen sich viele solcher aufstrebenden Staaten um Aufnahme in den lockeren, inzwischen erweiterten Bund der Brics-Staaten. Auf ein Ende der westlichen Hegemonie verweisen auch die tiefgreifenden geowirtschaftlichen Veränderungen der liberalen Weltwirtschaftsordnung, die von den USA seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geschaffen worden war. Nicht als könnte diese regelbasierte, nun auch von Trump selbst strapazierte Welthandelsordnung, wie man heute am interessantesten Streit um die Lieferung Seltenen Erden sieht, einfach liquidiert werden; aber kaum etwas könnte die inzwischen üblichen sicherheitspolitischen Einschränkungen des Welthandels besser illustrieren als die jüngst getroffene Entscheidung der Regierung des deutschen Exportweltmeisters, der international nicht mehr konkurrenzfähigen deutschen Stahlindustrie mit staatlichen Mitteln unter die Arme zu greifen.

Obwohl sich diese Veränderungen der geopolitischen Machtverhältnisse seit Längerem abzeichnen, und obwohl beim Beginn des Ukraine-Krieges schon eine erneute Wahl von Trump keineswegs ausgeschlossen werden konnte, haben die westlichen Regierungen nach dem Einmarsch Russlands nicht begriffen, dass dieser Konflikt, nachdem dessen Ausbruch nicht verhindert worden war, unbedingt innerhalb der Regierungszeit von Joe Biden hätte beendet werden müssen. Inzwischen ist mit



COLLAGE: STEDISZ. FOTOS: DPA, IMAGO

Trumps zweiter Amtszeit eingetreten, was lange genug in der Programmschrift der *Heritage Foundation* angekündigt worden war: die kaum noch revidierbare Abwicklung des ältesten liberaldemokratischen Regimes nach einem Muster, das wir in Europa am Beispiel Ungarns und anderer Staaten schon kennengelernt hatten.

Diese autoritären Regimes neuer Art lassen sich offenbar nicht auf die besonderen Umstände einer misslungenen Abwicklung postsowjetischer Herrschaftsformen zurückführen. Sie sind eher die Vorläufer für die demokratisch legitimierte Abwicklung der ältesten Demokratie auf Erden und für den schleunigen Auf- und Ausbau einer technokratisch verwalteten libertär-kapitalistischen Herrschaftsform.

Was wir in den USA beobachten, ist der gleiche, nicht einmal besonders schlechende, aber angesichts einer mehr oder weniger gelähmten Opposition eher unauffällige Übergang von einem „System“ zum anderen: Die letzte oder vorletzte demokratische Wahl war der längst angekündigte Start zu einer schnellen, willkürlich-autokratischen Ausdehnung einer zugleich zu recht gestützten und gesäuberten exekutiven Gewalt. Diese missbraucht Trump ohne Rücksicht auf Einsprüche eines ins Leere laufenden, von oben nach unten allmählich ausgehöhlten Rechtssystems.

Der Präsident hat zunächst mit seiner rigorosen Zollpolitik Gesetzgebungsbefugnisse des Parlaments an sich gerissen und versucht, die Unabhängigkeit der Presse und des Universitätssystems schrittweise einzuschränken. Sodann hat er die Opposition durch den unaufgeforderten Einsatz der Nationalgarde in großen Städten wie Los Angeles, Washington und Chicago eingeschüchtert. Deren bloße Gegenwart si-

gnalisiert den Willen der Regierung, die in höheren Rängen bereits fügsam gemachte Armee gegebenenfalls gegen die eigenen Bürger einzusetzen. Während im Rahmen der EU das Parteiensystem und demokratische Wahlen auch in autoritären Staaten wie Ungarn (oder seinerzeit in Polen) noch geschützt sind, ist deren Schicksal in den USA einseitig offen.

Nach den jüngsten punktuellen Wahlerfolgen der Demokraten geht es Trump um eine mit denunziatorischen Mitteln betriebene Marginalisierung und Verächtlichmachung der politischen Opposition. Außenpolitisch kümmert er sich, wie seine willkürlichen militärischen Aktionen gegen Schmuggler vor der Küste Venezuelas zeigen, auch nicht um internationales Recht.

Ohne US-Hilfe könnte die ukrainische Front nicht gehalten werden

Das erstaunlichste und bisher nicht plausibel erklärte Phänomen dieser schleichen, aber zielsicher verfolgten Machtübernahme ist überhaupt der Kleinmut einer weithin widerstandslosen Zivilgesellschaft, ganz zu schweigen von der Anpassungsbereitschaft der Studenten und Professoren, die soeben noch auf ihrem Campus den kostenlosen Widerstand gegen die angebliche Kolonialmacht Israel auf die Spitze getrieben hatten.

Nicht als würde ich unterstellen, dass wir uns anders verhielten. Nur sehe ich bis heute keine überzeugenden Anzeichen für eine Umkehr auf dem eingeschlagenen Weg in ein politisch autoritär gesteuertes, technokratisch verwaltetes, aber ökonomisch libertäres Gesellschaftssystem.

Denn Trumps mögliche Nachfolger haben eher ein noch stärker geschlossenes „Weltbild“ als der krankhaft narzisstische, an kurzfristigen persönlichen „Gewinnen“ und Bestätigungen orientierte Präsident, der ja eher ein Tycoon und Friedensnobelpreisträger als ein Politiker mit Vision sein möchte.

Für die bisherigen Überlegungen kann ich keine Kompetenzen in Anspruch nehmen, die über die des Zeitungslesers hinausgehen. Sie interessieren mich vor allem im Hinblick auf die Frage, was die geopolitische Gewichtsverlagerung und die schon länger angebahnte politische Spaltung des Westens in der heutigen Lage für Europa bedeuten. Ich gehe im Folgenden davon aus, dass, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, die Regierungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten einstweilen noch den festen Willen haben, an den normativen Grundlagen und den entsprechend eingespielten Praktiken ihrer Verfassungen festzuhalten. Daraus ergibt sich das politische Ziel, ihr Gewicht so weit zu stärken, dass sich die EU in Weltpolitik und Weltgesellschaft unabhängig von den USA und unabhängig von systemwidrigen Kompromissen mit den USA oder anderen autoritären Staaten als ein autonomer Mitspieler behaupten kann.

Im Hinblick auf die Fortführung des Ukraine-Krieges sind „wir“, wenn ich fortan aus dieser europäischen Perspektive sprechen darf, allerdings schon deshalb weiterhin auf die Unterstützung der USA angewiesen, weil wir nicht über deren Technologien für die notwendige Luftaufklärung verfügen. Ohne die Unterstützung der USA könnte die ukrainische Front nicht gehalten werden. Aber diese Vereinigten Staaten, die ihre unter Biden erklärte Rolle als völkerrechtlich legitimer Unterstützer der Ukraine normativ nicht länger aufrechterhalten und bestenfalls Waffen liefern, die Europa (also de facto die Bundesrepublik) bezahlt, sind für die Verbündeten ein unberechenbarer Partner geworden.

Schon aus diesem Grund besteht auch von unserer Seite ein Interesse an dem von der ukrainischen Führung angestrebten schnellen Waffenstillstand. Das hat für Europa eine bis heute nicht thematisierte missliche Konsequenz. Die EU kann sich von dem passiven, sozusagen ins Glied zurückgetretenen Nato-Mitglied USA politisch nicht entfernen, obgleich das zur Folge hat, dass „der Westen“ noch gemeinsam handelt, aber normativ nicht mehr mit einer Stimme spricht. Der Ukraine-Krieg zwingt die EU zum Festhalten an einem Bündnis mit den USA im Rahmen einer Nato, die durch den angebahnten Regimewechsel ihres wichtigsten und bisher führenden Mitglieds für die Rechtfertigung ihrer militärischen Ukraine-Unterstützung nicht länger glaubhaft die Menschenrechte in Anspruch nehmen kann.

Wer die jüngste Rede Trumps vor der Vollversammlung der UN gehört hat, muss sich eingestehen, dass die seit dem ersten Tage des Konflikts vom seinerzeit noch geintesten Westen in Anspruch genommene Rhetorik der völkerrechtlichen Begründung ihrer Parteinahme für die überfallene Ukraine entwertet ist. Von dieser Peinlichkeit nicht betroffen ist nur jene, über die EU hinausreichende, aber unabhängig von den USA unter Führung von Frankreich und Großbritannien für den Beistand der Ukraine zusammengeschlossene Gruppe von ursprünglich 30 Staaten. Es ist daher von einer, wie ich hoffe, unbeabsichtigten Ironie, wenn sich ausgerechnet diese Staatengruppe gedankenlos den Namen einer „Koalition der Willigen“ gegeben hat – denselben Namen also, unter dem seinerzeit George W. Bush mithilfe des britischen Ministerpräsidenten, aber gegen den Widerstand von Frankreich und Deutschland, eine Koalition für die Unterstützung seiner völkerrechtswidrigen Invasion in den Irak zusammengesucht hatte.

Nach dieser Skizze der veränderten Situation des gespaltenen Westens komme ich zu meiner eigentlichen Frage: Wie realistisch ist es, eine weitergehende politische Einigung der EU mit dem Ziel anzustreben, im Rahmen der Weltgesellschaft nicht nur als einer der ökonomisch bedeutendsten Handelspartner, sondern als ein eigenes, politisch selbstbehauptungs- und handlungsfähiges Subjekt anerkannt zu werden? Obwohl die jüngeren Mitgliedstaaten im Osten der EU am lautesten nach Aufrüstung rufen, sind sie am wenigstens bereit, für eine solche gemeinsame Stärkung ihre jeweils eigenen nationalstaatlichen Verfügungsgewalten einzuschränken. Im Hinblick auf diese Konsequenz müsste die Initiative, obwohl in dieser Hinsicht auch Melonis nationale Regierung ausfallen würde, von den westlichen Kernländern der Union ausgehen – und heute, angesichts der aktuellen französischen Schwäche, in erster Linie von Deutschland. Dazu könnte der in Angriff genommene Aufbau einer gemeinsamen europäischen Verteidigung den Anstoß geben.

Euro-Bonds sind auch für Merz, darin ganz der Sohn Schäubles, vom Teufel

Der Bundestag hat inzwischen die Mittel für einen erheblichen Aus- und Aufbau der Bundeswehr beschlossen, wobei mich die fragwürdige Begründung mit der angeblich aktuellen Gefahr eines russischen Angriffs gegen die Nato hier nicht interessieren soll. Allein, die Bundesregierung verfolgt den Aufbau „der stärksten Armee in Europa“ unter den Prämissen der bestehenden Verträge, also letztlich im Rahmen ihrer nationalen Verfügungsgewalt. Damit setzt die Bundesregierung ihre unter Kanzlerin Merkel eingetübte scheinheilige Europapolitik fort: Rhetorisch stets europafreundlich, hatte sie in den vergangenen Jahrzehnten verschiedene französische Initiativen zu einer engeren wirtschaftlichen Integration, zuletzt die drängende Initiative des frisch gewählten französischen Präsidenten Macron, abgelehnt.

Aber Euro-Bonds sind auch für Kanzler Merz, darin ganz der Sohn Schäubles, vom Teufel. Es gibt kein ernsthaftes Anzeichen dafür, dass die Bundesregierung ernsthaft Schritte unternimmt, eine weltpolitisch handlungsfähige Europäische Union herbeizuführen.

Gewiss, im Zeichen des täglich wachsenden Rechtspopulismus in allen unseren Ländern würde ein solcher, schon lange versäumter Schritt zur weiteren Integration der EU, und damit zu ihrer globalen Handlungsfähigkeit, noch weniger spontane Unterstützung finden als bisher. Auch in den meisten westlichen Mitgliedstaaten der EU sind die innenpolitischen Kräfte für eine Dezentrierung oder Rückabwicklung der EU, mindestens für eine Schwächung der Brüsseler Kompetenzen stärker denn je.

Darum halte ich es für wahrscheinlich, dass Europa weniger denn je in der Lage sein wird, sich von der bisherigen Führungsmacht USA abzukoppeln. Ob es in diesem Sag sein normatives und bislang immer noch demokratisches und liberales Selbstverständnis aufrechterhalten kann, wird dann aber die zentrale Herausforderung sein. Am Ende eines politisch eher begünstigten politischen Lebens fällt mir die trotz allem beschwörende Schlussfolgerung nicht leicht: Die weitere politische Integration wenigstens im Kern der Europäischen Union war für uns noch nie so überlebenswichtig wie heute. Und noch nie so unwahrscheinlich.

Der Text ist das von Jürgen Habermas für die SZ leicht überarbeitete Manuskript des Vortrags, den der Philosoph am 19. November im Rahmen eines Kolloquiums zur Krise der westlichen Demokratien in der Münchner Siemens-Stiftung gehalten hat.